

Joe Biden gegen Donald Trump

Eine Zusammenstellung von Beiträgen aus Zeit Online

Im November wird in den USA ein neuer Präsident gewählt. Wir beantworten die wichtigsten Fragen zum US-amerikanischen Wahlsystem.

Von **Laura Oelker, Sybille Klormann, Marlon Schröder, Jana Lavrov und Juli Katz**

6. November 2012,
Aktualisiert am 15. Oktober 2020



Am 3. November können die US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner einen neuen Präsidenten wählen.

© Elijah Nouvelage/Getty Images

- Die nächste US-Wahl findet am **3. November 2020** statt.
- Für die **Republikaner** tritt **Präsident Donald Trump** zur Wiederwahl an. Auch Vizepräsident **Mike Pence** ist erneut im Rennen.
- Die **Demokraten** nominierten den ehemaligen Vizepräsidenten **Joe Biden** als Kandidaten. Als Vizekandidatin benannte er die kalifornische Senatorin **Kamala Harris**.
- Donald Trump hat sich eigenen Angaben zufolge Anfang Oktober **mit dem Coronavirus infiziert**. Nachdem er drei Tage im **Walter-Reed-Militärkrankenhaus** behandelt worden war, hatte sich sein Zustand nach Angaben seiner Ärzte so weit verbessert, dass er ins Weiße Haus zurückkehren konnte. Mittlerweile wurde Trump negativ getestet.
- Das **zweite TV-Duell** gegen Joe Biden am 15. Oktober wurde aufgrund von Trumps Corona-Infektion abgesagt. Stattdessen traten die Kandidaten in separaten Fragerunden gegeneinander an. Das letzte Duell vor der Wahl fand am 22. Oktober statt.
- Aufgrund der Corona-Pandemie wird erwartet, dass ein großer Teil der Wähler Stimmzettel per Post abgeben wird. Trump schürt regelmäßig Zweifel an der Rechtmäßigkeit der **Briefwahl**.
- In Interviews ließ der amtierende US-Präsident mehrmals offen, ob er eine **Wahlniederlage** akzeptieren würde.
- Russland wird für **Cyberangriffe** im Vorfeld der US-Wahl verantwortlich gemacht. Betroffen sind Computernetze in der US-amerikanischen Regierungsverwaltung und in der Luftfahrtbranche. Auch dem Iran wird eine **Einmischung in die Präsidentschaftswahl** vorgeworfen. Die US-Regierung hat deshalb neue Sanktionen beschlossen.

Wann wählen die US-Amerikaner einen neuen Präsidenten?

Alle vier Jahre bestimmen die Wahlberechtigten in einer indirekten Wahl den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Die nächste Wahl findet am 3. November 2020 statt. Es ist die 59. Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten. Eine Wiederwahl ist nur einmal möglich – ein Präsident kann also nur maximal acht Jahre amtierend.

Zeitgleich mit der Präsidentenwahl werden der Vizepräsident, die Sitze im Repräsentantenhaus und ein Drittel der 100 Senatsitze neu vergeben.

Wer sind die Präsidentschaftskandidaten?

Amtsinhaber Donald Trump kandidiert erneut für die Republikaner. Bereits im März 2020 hat er bei den Vorwahlen ausreichend Delegiertenstimmen gesammelt. Alle anderen Kandidaten haben ihre Bewerbungen zurückgezogen.

Für die Demokraten wird der ehemalige Vizepräsident und Senator Joe Biden antreten. Er wurde im August auf dem Parteitag der Demokraten offiziell nominiert. Die kalifornische Senatorin Kamala Harris ist Bidens Vizekandidatin.

Wie kann man wählen?

In den USA gibt es keine Meldeämter, deshalb liegt es in der Eigenverantwortung der Wählerinnen und Wähler, sich registrieren zu lassen. Die sogenannte Registrierungshürde gilt als ein Grund für die relativ niedrige Wahlbeteiligung in den USA, die in der Regel bei etwas mehr als 50 Prozent liegt. Das ist signifikant niedriger als der europäische Durchschnitt.

Da jeder Bundesstaat ein eigenes Wahlrecht hat, unterscheidet sich der Ablauf von Staat zu Staat teils erheblich: In Oregon etwa gibt es ausschließlich Briefwahl, in einigen Bundesstaaten gibt es die Möglichkeit des *Early Voting*. Dann können US-Amerikanerinnen per Brief oder auch persönlich ihre Stimme abgeben – Tage oder Wochen vor dem eigentlichen Termin. Weil die Wahl auf einen Dienstag fällt, ist das für viele Arbeitnehmer ein ungünstiger Termin.

US-Bürgerinnen, die im Ausland leben – die sogenannten *expatriates* –, fordern ihre Wahlunterlagen in dem Bundesstaat an, in dem sie zuletzt wohnten, und senden sie auch dorthin zurück. Die US-Botschaft empfiehlt, einige Wochen Zeit dafür einzuplanen.

Wie funktioniert die Briefwahl in den USA?

Das ist von Staat zu Staat unterschiedlich. Staaten wie Washington oder Oregon haben schon seit vielen Jahren komplett auf Briefwahl umgestellt, in Connecticut war bislang eine Entschuldigung notwendig, um per Briefwahl abzustimmen. Aufgrund der Corona-Krise reicht dort in diesem Jahr eine einfache Erklärung.

Auch das Erhalten der Stimmzettel ist unterschiedlich geregelt. In einigen Bundesstaaten werden sie automatisch per Post verschickt, in anderen müssen sie extra beantragt werden. Nachdem man sein Kreuz gemacht hat, kann man den Stimmzettel entweder mit der normalen Post verschicken oder in eine spezielle Box werfen, die in vielen Städten extra für die Wahl aufgestellt wird.

Aufgrund der Corona-Situation sehen dieses Jahr mehrere Staaten Briefwahl als Möglichkeit, die Wahl sicher durchzuführen. Schon bei den diesjährigen Vorwahlen wurden mehr Stimmen postalisch abgegeben als bei den Wahlen zuvor. US-Präsident Trump hat sich mehrfach gegen die Briefwahl ausgesprochen. Er suggeriert Wahlbetrug. Um das zu verhindern, werden die Stimmzettel auf speziellem Papier gedruckt und es sollen mehr Mitarbeiter gestellt werden, um die Zählungen korrekt vorzunehmen. An manchen Orten werden die Stimmen von Maschinen gezählt.

Wann steht fest, wer der nächste US-Präsident wird?

Am 3. November 2020 können die US-Bürgerinnen und -Bürger wählen. Da sich die USA über sechs Zeitzonen erstrecken, öffnen und schließen die Wahllokale an der Ostküste Stunden früher als die Bundesstaaten an der Westküste. Gewählt werden die Wahlmänner und -frauen des jeweiligen Bundesstaats, aus denen sich das *Electoral College* aus 538 Wahlleuten ergibt, die 41 Tage später für den Präsidenten oder die Präsidentin und den Vizepräsidenten oder die Vizepräsidentin stimmen.

Wenn einer der Kandidaten mit großem Vorsprung gewinnt, kann das Ergebnis noch am selben Tag feststehen. Gibt es ein Kopf-an-Kopf-Rennen, kann es auch mehrere Wochen dauern. Wählerinnen und Wähler in den USA, die ihren Namen am Wahltag nicht auf den ausliegenden Listen finden, dürfen trotzdem abstimmen. Es wird dann nach der Wahl geklärt, ob ihr Votum zählt oder nicht. Das ist ein weiterer Grund, warum das amtliche Endergebnis erst Tage nach der Wahl bekannt gegeben wird.

Die Amtseinführung erfolgt seit 1937 traditionell am 20. Januar nach der Wahl. Dann darf der neue Präsident oder die neue Präsidentin das Weiße Haus beziehen.

Warum sind die US-Wahlen dienstags?

Die Wahl fällt immer auf ein Datum zwischen dem 2. und dem 8. November. Das hat historische Gründe: Seit 1845 ist der Wahltag der Dienstag nach dem ersten Montag im November. Der Kongress hatte diesen einheitlichen Termin festgelegt, um den Bauern entgegenzukommen: Im November ist die Ernte bereits eingeholt und das milde Klima begünstigt längere Reisen zu den Wahllokalen.

Der Sonntag fiel wegen des traditionellen Kirchenbesuchs als Wahltermin aus. Auch der Montag wurde ausgeschlossen, um die Anreise zu ermöglichen. Samstag war in vielen Orten Markttag, der am Freitag vorbereitet wurde. Auch der Donnerstag kam nicht infrage, da an diesem Tag die damals von den US-Amerikanern ungeliebten Briten ihr Parlament wählten. Somit blieben nur der Dienstag und Mittwoch als offizieller Wahltag übrig.

Wer darf wählen?

Wahlberechtigt ist jede Bürgerin und jeder Bürger ab 18 Jahren, die oder der in einem der US-Bundesstaaten oder in der Hauptstadt Washington lebt. Von der Wahl ausgenommen sind Bewohnerinnen und Bewohner von Außengebieten wie etwa Puerto Rico, Guam oder den Amerikanischen Jungferninseln.

Auch Häftlinge und ehemalige Gefängnisinsassen, denen das Bürgerrecht aberkannt wurde, haben kein Stimmrecht. Für Afroamerikanerinnen und -amerikaner gilt erst seit 1965 das bedingungslose Wahlrecht.

Welche Aufgabe haben die Wahlmänner?

Der US-Präsident wird nicht direkt vom Volk gewählt, sondern indirekt durch das Wahlmännergremium (*Electoral College*). Die Wahlmänner und Wahlfrauen wählen den neuen Präsidenten oder die neue Präsidentin 41 Tage nach dem offiziellen Wahltag in geheimer Abstimmung. Die Wahl ist entschieden, sobald ein Kandidat oder eine Kandidatin die Mehrheit von 270 Wahlmänner- und Wahlfrauenstimmen erreicht hat. Die Zahl der Wahlmänner und -frauen variiert in den Bundesstaaten je nach Bevölkerungsstärke. Kalifornien etwa verfügt über 55, das kleine Delaware über drei Wahlmänner und -frauen. Weiter gilt in 48 Staaten die Regel, dass sämtliche Stimmen an den Kandidaten oder die Kandidatin gehen, der oder die die Mehrheit der Stimmen erhält (*Winner-Takes-It-All*-Prinzip). Einzige Ausnahmen sind die Staaten Maine und Nebraska: Dort werden die Wahlmänner und -frauen proportional zum Wahlergebnis geteilt.

Eine Folge des Wahlrechts ist, dass ein Kandidat oder eine Kandidatin Präsident oder Präsidentin werden kann, obwohl er oder sie nicht die Mehrheit der Wählerstimmen hat. Entscheidend ist, wer die Mehrheit der Wahlmänner- und Wahlfrauenstimmen auf sich vereint. In einer Patt-Situation – wenn beide Kandidaten genau 269 Wahlmänner und -frauen für sich gewinnen – greift der zwölfte Zusatzartikel der Verfassung: Das neu gewählte Repräsentantenhaus wählt den Präsidenten oder die Präsidentin. Jeder Bundesstaat hat dann nur noch eine Stimme.

Was sind Swing States und warum sind sie so wichtig?

Kalifornien geht traditionell an die Demokraten, Texas seit Jahrzehnten an die Republikaner. Bei einem großen Teil der US-Bundesstaaten lässt sich der Wahlausgang relativ eindeutig vorhersagen, nicht jedoch in den sogenannten *Swing States*. In diesen Bundesstaaten hat keine der beiden großen Parteien eine größere strukturelle Mehrheit. Für das Endergebnis können sie letztlich den Ausschlag geben, weshalb sich der Wahlkampf besonders auf diese Staaten konzentriert.

Anhand der Sitzverteilung im US-Senat kann man häufig erkennen, ob es sich um einen *Swing State* handelt oder nicht. Jeder Bundesstaat stellt zwei Senatoren. Die Staaten, die eine Republikanerin oder einen Republikaner und eine Demokratin oder einen Demokraten in den Senat schicken, sind tendenziell eher den *Swing States* zuzurechnen. Dazu zählen unter anderem Florida, Pennsylvania und Wisconsin.

Wer kann Präsident werden?

Es gibt drei wichtige Kriterien, die ein Anwärter oder eine Anwärterin auf das Weiße Haus erfüllen muss, bevor er oder sie kandidieren kann:

- Er oder sie muss gebürtige/r US-Amerikaner/in sein.
- Er oder sie muss bei Amtsantritt mindestens 35 Jahre alt sein.
- Er oder sie muss seit 14 Jahren ohne Unterbrechung in den USA leben.

Jeder Präsident darf nur einmal wiedergewählt werden. Donald Trump tritt 2020 zum zweiten Mal an. Die Parteien bestimmen ihren Spitzenkandidaten oder ihre Spitzenkandidatin lange vor der Wahl. Meist konkurrieren mehrere Bewerberinnen und Bewerber bei den Vorwahlen um die Stimmen der Basis.

Was sind die Vorwahlen (Primaries)?

In Vorwahlen wird bestimmt, wer für die jeweiligen Parteien als Präsidentschaftskandidat oder -kandidatin antritt. Traditionell bestimmen die beiden großen Parteien, die Demokraten und die Republikaner, ihre Kandidaten in der ersten Hälfte des Jahres, in der die Präsidentschaftswahl stattfindet. Diese sogenannten *Primaries* wurden eingeführt, um die Transparenz innerhalb der Parteien zu fördern.

Bei der *Primary* stimmen registrierte Wählerinnen und Wähler direkt darüber ab, für welchen Kandidaten oder welche Kandidatin die Delegierten ihres Bundesstaates auf dem nationalen Parteitag stimmen sollen. Alternativ gibt es auch die Möglichkeit, dass die Wahlberechtigten lokale Delegierte wählen, dann ist die Rede von *Caucus*. Diese wählen dann in mehreren nachfolgenden Runden die Delegierten für den nationalen Parteitag. Beim *Caucus* herrscht Anwesenheitspflicht, während bei der *Primary* auch per Briefwahl abgestimmt werden kann. Der genaue Ablauf des *Caucus* unterscheidet sich je nach Bundesstaat und Partei.

Wann fanden die Vorwahlen statt?

Die Vorwahlen begannen am 3. Februar im Bundesstaat Iowa. Der Demokrat Pete Buttigieg erhielt dort die meisten Stimmen. Seit August stehen die Präsidentschaftskandidaten endgültig fest. Der Termin wurde aufgrund der Coronakrise nach hinten verschoben.

Der Wahlkampf für die Vorwahlen hat bereits letztes Jahr begonnen. Im Sommer 2019 fanden die ersten TV-Duelle der demokratischen Präsidentschaftskandidaten statt. Um an den TV-Duellen teilzunehmen, mussten die Kandidaten entweder in drei Umfragen ein Prozent der Stimmen demokratischer Wähler und Wählerinnen bekommen oder von mindestens 65.000 Personen Spenden für eine Wahlkampagne erhalten haben.

Was ist der Super Tuesday?

Am sogenannten Super Tuesday wurde dieses Jahr am 3. März in 14 Bundesstaaten und dem Überseeterritorium Amerikanisch-Samoa über den Präsidentschaftskandidaten der Demokraten abgestimmt. Der Super Tuesday ist von besonderer Bedeutung, da rund ein Drittel aller Delegiertenstimmen vergeben wird, unter anderem in den beiden bevölkerungsreichsten Bundesstaaten der USA, Kalifornien und Texas. Wer an diesem Tag viele Stimmen erhält, hat gute Chancen, Präsidentschaftskandidat der Demokraten zu werden. Joe Biden gewann gleich eine ganze Reihe von Bundesstaaten, darunter auch Texas.

Wann waren die letzten US-Wahlen?

Am 8. November 2016 fand die 58. US-Wahl statt. Mit Hillary Clinton trat erstmals eine Frau als Präsidentschaftskandidatin an. In der Stichwahl unterlag die Demokratin dem Republikaner Donald Trump.

Wie funktionieren die Präsidentschaftswahlen in den USA?

Der US-Präsident wird nicht direkt von der Bevölkerung gewählt, sondern durch ein besonderes Gremium, das Electoral College. In dieses Wahlkollegium entsenden die 50 Bundesstaaten sowie Washington DC jeweils eine bestimmte Anzahl Wahlleute, die 41 Tage nach der Präsidentschaftswahl in geheimer Wahl zusammenkommen – in diesem Jahr also am 14. Dezember. Wie viele Wahlmänner und -frauen ein jeweiliger Bundesstaat entsendet, richtet sich nach der jeweiligen Bevölkerungszahl. So hat Kalifornien 55 Wahlleute, kleinere Staaten wie Delaware aber nur drei.

Insgesamt sitzen 538 Wahlmänner und -frauen im Electoral College. Die magische Zahl lautet deshalb 270: So viele Wahlleute braucht ein Kandidat, um gewählt zu werden. Sollte es Gleichstand bei jeweils 269 Wahlleuten geben, wählt stattdessen das Repräsentantenhaus.

Die Wahl findet stets am Dienstag nach dem ersten Montag im November statt. Das hat historische Gründe. Im November war im 19. Jahrhundert meist die Ernte bereits eingefahren, aber das kalte Winterwetter setzt noch nicht ein. Eine Wahl am Sonntag kam nicht infrage, weil die Bürger dann in die Kirche gingen. Der Montag war für die Anreise zum oft weit entfernten Wahlbüro vorgesehen. Am Dienstag gab man seine Stimme ab. Mittwoch war Markttag. Deshalb ist bis heute Dienstag offizieller Wahltag. Das bringt Probleme mit sich, weil viele US-Amerikaner dienstags arbeiten müssen. In vielen Bundesstaaten müssen Arbeitgeber ihren Mitarbeitern allerdings Zeit für die Stimmabgabe einräumen.

Warum sind einige Staaten wichtiger als andere?

Sogenannte Battleground- oder Swing States, in denen das Wahlergebnis erfahrungsgemäß besonders knapp ausfällt, sind oft entscheidend für den Ausgang der Wahl. Das liegt auch am US-amerikanischen Wahlsystem: Die meisten Bundesstaaten (bis auf Maine und Nebraska) verfahren nach dem Prinzip *winner takes all*. Das bedeutet, dass demjenigen Kandidaten, der auch nur eine knappe Mehrheit der Stimmen in einem dieser Bundesstaaten bekommt, automatisch alle Wahlleute zugesprochen werden.

Bevölkerungsreiche Bundesstaaten wie Florida oder Texas, die 29 beziehungsweise 38 Stimmen im Electoral College haben, können einem Kandidaten also genügend Wahlleute für einen Sieg bringen. Sogar dann, wenn er auf Bundesebene insgesamt weniger Stimmen bekam als die Gegenseite. Das war 2016 der Fall, als Donald Trump fast drei Millionen Stimmen weniger holte als Hillary Clinton, aber dank 304 Wahlleuten trotzdem Präsident wurde – 34 mehr, als er für einen Sieg gebraucht hätte.

Was ist bei dieser Wahl wegen Corona anders?

In den meisten Bundesstaaten ist wegen der Corona-Pandemie die Möglichkeit der Briefwahl ausgebaut worden, vielerorts ist es zudem möglich, vor dem Wahltag seine Stimme im Wahllokal abzugeben. Von dieser Möglichkeit haben in diesem Jahr bereits viele Wähler Gebrauch gemacht. Schon knapp 75 Millionen Wähler haben ihre Stimme vorzeitig abgegeben. Das sind weit mehr als halb so viele Stimmen, wie 2016 überhaupt abgegeben wurden.

Wann kennen wir das Ergebnis?

Diese Frage ist schwer zu beantworten. In einigen entscheidenden Bundesstaaten haben die Behörden keine Erfahrung mit der riesigen Zahl an vorzeitig abgegebenen Stimmen. Zudem verfährt jeder Bundesstaat anders mit eingeschickten Wahlzetteln. In Arizona werden die Stimmzettel schon vor dem Wahltag ausgezählt, in Florida zumindest geöffnet und auf Gültigkeit überprüft. Es wird allgemein angenommen, dass diese wichtigen Staaten noch in der Wahlnacht verlässliche Zahlen liefern. In Pennsylvania, Michigan und Wisconsin ist die Situation schwieriger, weil dort keine Auszählungsvorbereitungen vor dem Wahltag getroffen werden. Hier könnte es mehrere Tage dauern, bis das Ergebnis feststeht.

Politisch könnte die Auszählung heikel werden. Demokraten tendieren eher dazu, ihre Stimme frühzeitig abzugeben, Republikaner werden eher am Wahltag selbst wählen. Da diese Stimmen schneller ausgezählt werden dürften, könnte Donald Trump am Wahlabend in den wichtigen Swing States im Mittleren Westen vorne liegen und seinen Sieg erklären, auch wenn Biden aufgrund der Briefwahlstimmen eigentlich vorn läge.

Sollte einer der Kandidaten trotz dieser Widrigkeiten allerdings schon am Wahlabend in wichtigen Swing States uneinholbar vorn liegen, könnte trotz Verzögerungen bei der Auszählung bereits am frühen Mittwochmorgen bekannt werden, wer der nächste US-Präsident wird.

Welche Rolle spielen die Gerichte bei unklarem Wahlausgang?

Dass eine Präsidentschaftswahl vor Gericht entschieden wird, ist extrem selten. Zuletzt passierte das 2000, als der Florida State Supreme Court – das entspricht in etwa einem deutschen Landesverfassungsgericht – eine neue Auszählung einiger Stimmen in dem Bundesstaat anordnete. Dort lag der Republikaner George Bush nur 327 Stimmen vor seinem demokratischen Konkurrenten Al Gore. Die Gore-Kampagne forderte eine neue Auszählung in vier Wahlkreisen und bekam zunächst recht. Dann allerdings ging der Fall an den United States Supreme Court, der die Neuauszählung am 12. Dezember stoppen ließ. Am Tag darauf erklärte Al Gore schließlich seine Niederlage in einer öffentlichen Fernsehansprache – 36 Tage nach der Wahl.

Dass Donald Trump im Falle einer Niederlage versuchen wird, die Wahl vor Gericht anzufechten, ist durchaus möglich. Schließlich hat die Trump-Kampagne in den vergangenen Monaten immer wieder gegen Wahlabläufe in einzelnen Bundesstaaten geklagt. Dazukommt, dass es seit wenigen Tagen wieder eine konservative Mehrheit von sechs zu drei Richtern am Supreme Court gibt. Drei davon sind von Trump benannt worden.

Ein mögliches Szenario ist, dass Trump alles daransetzt, den Ablauf der Auszählung der Stimmen zu stören. Denn bis zum 8. Dezember müssen die Bundesstaaten ihre Wahlleute benennen. Dass diese Benennung im jeweiligen Bundesstaat auf Basis der Stimmenverteilung erfolgt, ist allerdings in der Verfassung gar nicht vorgeschrieben. Darin steht vielmehr, dies solle "in einer Weise geschehen, wie es die Legislative vorgibt". Sollte sich also die Auszählung bis zu dieser Deadline hinziehen – etwa, weil es Zweifel am rechtmäßigen Ablauf der Briefwahl gibt, wie sie der Präsident seit Monaten sät – könnten Gouverneure und Parlamente stattdessen selbst Wahlleute bestimmen. Einer Recherche des Magazins *The Atlantic* zufolge verfolgt die Trump-Kampagne diesen Plan tatsächlich und arbeitet bereits daran, Trump-treue Wahlleute in republikanisch regierten Bundesstaaten zu installieren.

Was passiert, wenn ein Kandidat seine Niederlage nicht akzeptiert? Donald Trump hat in mehreren Interviews angedeutet, dass er das Wahlergebnis möglicherweise nicht akzeptieren werde, falls er nicht gewinnen sollte. Allerdings endet die Amtszeit des Präsidenten automatisch am 20. Januar. Sollten die Wähler Joe Biden zum Präsidenten wählen, wäre Trump abgewählt. Am 20. Januar legt dann der neue Präsident seinen Amtseid ab, ab diesem Moment wäre Trump nicht mehr Präsident.

Wer liegt in den Umfragen vorne?

Sowohl in nationalen Umfragen als auch in vielen Wechselwählerstaaten liegt Joe Biden mit teilweise deutlichem Vorsprung vorn. Allerdings führte 2016 auch Hillary Clinton lange in den Umfragen – am Ende gewann dennoch Donald Trump.

Wofür steht Trump, wofür Biden politisch?

Donald Trump hat seine Agenda für eine zweite Amtszeit nur grob umrissen. Die Republikaner haben zur Wahl nicht einmal ein Parteiprogramm erstellt. Trump will die Gesundheitsreform seines Vorgängers Barack Obama abwickeln, hat aber in den vier Jahren seiner Amtszeit noch kein eigenes Konzept dazu vorgelegt. Zudem will Trump weitere Steuersenkungen. Doch auch dazu hat er keinen detaillierten Plan vorgestellt.

Joe Biden will vor allem Barack Obamas Politik fortsetzen. Der Zugang zu Obamacare soll ausgebaut werden – zudem wirbt Biden mit einer sogenannten *Public Option*, die Bürgern ermöglicht, statt einer privaten Krankenversicherung, eine öffentliche Krankenversicherung abzuschließen. Ansonsten will der Herausforderer mehr Geld in Schulen stecken, ein zwei Billionen Dollar teures Infrastruktur-Programm auflegen und den Mindestlohn auf 15 Dollar erhöhen.

Wie geht es für Donald Trump weiter, wenn er verlieren sollte?

Aufgrund einer Rechtsauslegung des Justizministeriums kann Trump während seiner Präsidentschaft nicht rechtlich belangt werden. Das ändert sich jedoch, sobald seine Amtszeit endet. Und mehrere Behörden ermitteln derzeit gegen Trump und sein Firmenimperium. Die Staatsanwaltschaft in Manhattan führt eine großangelegte Untersuchung gegen die Trump-Organization, dabei geht es unter anderem um Versicherungsbetrug, Steuerbetrug und das Fälschen von Geschäftsunterlagen. Die Staatsanwaltschaften in Washington DC und Maryland ermitteln gegen den US-Präsidenten, weil dieser Hunderttausende Dollar daran verdiente, dass ausländische Gäste in seinen Hotels abstiegen. Zudem gibt es zivilrechtliche Verfahren gegen Trump, zum Beispiel von seiner Nichte Mary Trump. Diese beschuldigt ihn und andere Familienmitglieder, sie um Anteile am Familienvermögen betrogen zu haben. Nach Ende seiner Amtszeit wird Trump sich also mit zahlreichen Gerichtsprozesse auseinandersetzen müssen.